

Christoph Kleßmann

Das Jahr 1968 ist seit langem zum Symbol und zur Chiffre für einen Einschnitt der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte geworden, der insbesondere in Deutschland immer noch heftig umstritten ist.¹ Ob ihm in der Historiographie die Weihe historischer Umbrüche des 20. Jahrhunderts in der Abfolge von 1918, 1933, 1945 und 1989/91 zukommt, ist keineswegs sicher. Chiffren verweisen auf komplexe Zusammenhänge und lassen sich gewissermaßen als Kondensate diffuser Erinnerungen verstehen. Zeitgeschichte ist davon besonders betroffen. Daß sie im besonderen Maße Streitgeschichte war und ist, hängt mit der fehlenden Distanz der Zeitgenossen zum eigenen Erleben eng zusammen. Sie erschwert die Identifizierung langfristiger Folgen von Schlüsselereignissen über die Gegenwart hinaus und transportiert aktuelle politische Auseinandersetzungen in oft verqueren Fronten in vergangene Konstellationen. Die mittlerweile wieder zu den Akten gelegten Versuche, Joschka Fischer über seine Aktivitäten im Gefolge von „1968“ zu demontieren, sind eines von vielen Beispielen für diese spezifische Anfälligkeit von Zeitgeschichte für politische Instrumentalisierung. Insbesondere unter älteren universitären Zeitgenossen läßt das Thema Studentenbewegung den politischen Adrenalinpiegel immer noch in die Höhe schnellen, obwohl mehr als 30 Jahre danach längst eine Historisierung angesagt ist, im Sinne nüchterner Bilanzierung von Motiven und Folgen, von Irrwegen, Sackgasen, Ambivalenzen und nachhaltigen Veränderungen. Viele Ansätze dazu gibt es bereits, aber etliche Leerstellen sind ebenfalls evident. Eine davon ist die schiefe Balance zwischen West- und Osteuropa. Um dieses Thema soll es hier gehen. Denn das Jahr 1968 war nicht nur ein internationales Datum, sondern betraf auch in markanter Zuspitzung das Ost-West-Verhältnis. Nach 1990 sind hier neue Perspektiven möglich. Im Rahmen dieses kurzen Beitrags sind keine Abläufe darzustellen, sondern nur sehr fragmentarisch Ursprünge, charakteristische Profile und langfristige Wirkungen zu diskutieren.

Der doppelte Blick auf West- und Ostdeutschland, auf West- und Ostmitteleuropa umfaßt Elemente von Vergleichs- und Beziehungsgeschichte. Es gibt zweifellos Gemeinsamkeiten, aber die Unterschiede sind gravierender. Wie wechselseitige Perzeptionen der Akteure in West und Ost genauer aussahen, ist noch kaum untersucht worden, obwohl damit ein wichtiger Zusammenhang angesprochen ist: Wieweit stimulierten sich Protest- und Reformbewegungen in Ost und West wechselseitig oder in welchem Ausmaß waren sie politisch und

¹ Vortrag auf dem Forum der Historischen Kommission der SPD „Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft? Mythos und Realität der 60er und 70er Jahre in Ost und West“ am 30. November 2001 in Berlin.

regional mehr oder minder eigenständige Phänomene, die ihre Schubkraft aus spezifischen, nationalen Bedingungen und unterschiedlichen Systemen bezogen?

Zwei Rückblicke führender Protagonisten können die Differenz im Gegenstand und in der Erinnerung vorweg illustrieren. Hans Magnus Enzensberger, den Habermas 1968 bissig als „zugereisten Harlekin am Hof der Scheinrevolutionäre“ bezeichnete, hat 1999 mit der Weisheit des Siebzigjährigen sein Tagebuch von 1968 sarkastisch kommentiert unter dem Titel „Erinnerungen an einen Tumult“. „Ein Gewimmel von Reminiszenzen, Allegorien, Selbsttäuschungen, Verallgemeinerungen und Projektionen hat sich an die Stelle dessen gesetzt, was in diesem atemlosen Jahr passiert ist. Die Erfahrungen liegen begraben unter dem Misthaufen der Medien, des ‚Archivmaterials‘, der Podiumsdiskussionen, der veteranenhaften Stilisierung einer Wirklichkeit, die unter der Hand unvorstellbar geworden ist. Mein Gedächtnis, dieser chaotische, delirierende Regisseur, liefert einen absurden Film ab, dessen Sequenzen nicht zueinander passen. ... Es war mir nicht möglich, das alles gleichzeitig zu ‚verstehen‘, sich ‚einen Vers darauf zu machen‘, es ‚auf den Begriff zu bringen‘. Die Widersprüche schrien zum Himmel. Jeder Versuch, den Tumult intelligibel zu machen, endete notwendig im ideologischen Kauderwelsch. Die Erinnerung an das Jahr 1968 kann deshalb nur eine Form annehmen: die der Collage.“²

Adam Michnik, 1968 Student in Warschau und seitdem einer der führenden Köpfe der Oppositionsbewegung in Polen, schrieb 1993 in einem Rückblick auf den Prager Frühling und die Krise des kommunistischen Systems: „Ich gehöre einer Generation an, die damals auf Studentenversammlungen und unter Polizeiknüppeln ihre ersten Erfahrungen sammelte, getragen von der Hoffnung auf den Prager Frühling und die ersten Schwalben der russischen Demokratie, die sich in Sacharows und Solschenizyns ersten Büchern ankündigten. Hoffnungsvolle Nachrichten kamen auch von der Seine, wo französische Studenten einen Karneval veranstalteten, den sie ‚Revolution‘ nannten. Es gab einen grundsätzlichen Unterschied. Für meine Altersgenossen in Paris und Kalifornien, Rom und Frankfurt wurde das Jahr 1968 zu einem Schlüsselerlebnis mit weitreichenden gesellschaftlichen Folgen. Auf der anderen Seite der Berliner Mauer wurde das Jahr zu einem Wechselbad zwischen Freude – über gewonnene Freiheit – und Trauer, weil sie so schnell wieder verlorenging.“³

Die beiden Zitate deuten die gravierend unterschiedlichen und doch vergleichbaren Konstellationen und Erinnerungen an und machen die Schwierigkeiten eines Vergleichs augenfällig, wenn man nicht bei einer Collage stehenbleiben will. Der Leitfaden ist hier die niemals eindeutig zu beantwortende Frage nach den langfristigen Auswirkungen der Reformbemühungen und politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen von 1968, der an pseudorevolutionärem Aktivismus, an inneren Widersprüchen und Illusionen oder an staatlicher Gewalt gescheiterten Alternativen und Hoffnungen. Der Titel des Forums legt

2 Zitiert nach Wolfgang Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 51.

3 Wochenpost, 25.3.1993, S. 36.

die Antwort nahe, daß die Chiffre 1968 einen Ausgangspunkt auf dem Weg zur Zivilgesellschaft signalisiert. Das Fragezeichen drückt jedoch auch Skepsis aus, inwieweit das stimmt und ob man die tiefgreifenden Differenzen in der Entwicklung in Ost und West unter einem gemeinsamen Oberbegriff bündeln kann.

I. Voraussetzungen und Profile

Die Ursprünge von „1968“ in West und Ost sind bereits in früheren Jahren zu suchen. Die „Spiegel-Affäre“ von 1962, die Auseinandersetzungen an der FU Berlin seit 1965 und die Aktionen gegen die geplante Notstandsgesetzgebung sind einige Stichworte. Die Außerparlamentarische Opposition (APO) endete insofern bereits 1969 mit der Bildung der Brandt-Regierung, als die Große Koalition als technokratisches Gegenbild zur basisdemokratischen APO verschwand, die Notstandsgesetze in Kraft traten und bald vergessen waren und Willy Brandt mit seinen programmatischen Sätzen „Mehr Demokratie wagen“ und „Die Schule der Nation ist die Schule“ zentrale Postulate der außerparlamentarischen Bewegung unmittelbar aufgriff. Sie nahmen dem Protest den Stachel, transformierten ihn zum Teil in staatliche Politik und gruben so der APO das Wasser ab. Diese zerfiel insgesamt ebenso wie ihre intellektuelle Speerspitze, der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Die Fraktionierung der Studentenbewegung in einen bunten Haufen sich mit orthodoxer Heilsgewißheit befehdender K-Gruppen begann. Ein kleiner Zweig mündete in den Terrorismus der Rote-Armee-Fraktion (RAF), die sehr nachhaltig die 68er Bewegung diskreditiert hat.

Aus der Retrospektive eines führenden SDS-Vertreters markierte die Studentenrevolte einen „Wendepunkt der Epoche“, weil sie auf Macht und Herrschaft neuartig reagierte und vor allem eine „vorpolitische Stärke“ zeigte. „Sie riß alle wesentlichen, fast existentiellen Fragen von Familie, Erziehung, Sexualität, Kultur und Wissenschaft, Bewußtsein, sinnloser Arbeit, langweiliger Freizeit, Herrschaft auf, im Zusammenhang mit politischen Verhältnissen des eigenen Landes und der ganzen Welt.“ Das ist nicht falsch, aber nur die halbe Wahrheit. Denn der politische und kulturelle Protest traf auf eine Gesellschaft, in der viele Konventionen, Normen und Verhaltensweisen bereits erheblich erschüttert waren und die relative Ruhe der viele muffige Züge tragenden Adenauer-Ära längst einer produktiven Unruhe gewichen war. Das betraf neben der schon erwähnten Spiegel-Affäre die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die liberale Kritik am starren Bildungswesen, die politisch engagierte und gesellschaftskritische Literatur, die Rolle der Kirche, die Sexualmoral, die Mode und die Beat-Musik. Das spektakuläre Jahr 1968 gehört somit in die tiefgreifenden sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse der bundesrepublikanischen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur seit den frühen sechziger Jahren. Die Verdienste der „Achtundsechziger“ werden damit nicht entwertet und ihre fatalen Irrwege nicht bagatellisiert, aber gegenüber dem doppelten Mythos von Anhängern und Gegnern auf Normalmaß zurückgestutzt.

Eine längere Vorgeschichte hatten auch die Protestbewegungen in Westeuropa und in den USA. Dies kann hier nur erwähnt werden, weil mein Thema vor allem auf Deutschland und Ostmitteleuropa eingegrenzt ist. Den breiten internationalen Charakter der Protestbewegung in Erinnerung zu rufen, bleibt jedoch für eine Einordnung und Historisierung wichtig. Ingrid Gilcher-Holtey hat jüngst die französischen, italienischen und amerikanischen Komponenten präzise zusammengefaßt. Sie ließen sich erweitern durch fast vergessene oder kaum wahrgenommene Beispiele aus Mexiko, wo Hunderte von Studenten erschossen wurden, Südamerika, Japan oder Nordeuropa.

Zu den wenn nicht weißen, so doch grauen Flecken der Erinnerung an das Jahr 1968 gehört Polen. Die Märzereignisse bilden einen tiefen Einschnitt in der inneren Entwicklung Polens und verweisen einerseits zurück auf den „Frühling im Oktober“ 1956, lassen andererseits das Ende der Ära Gomułka in den Arbeiterunruhen an der Küste im Dezember 1970 und die Vorgeschichte der Solidarność in anderem Lichte erscheinen. Paradox war die Konstellation insofern, als Gomułka im März 1968 eine Bewegung unterdrückte, die sich ähnliche Ziele setzte wie die antistalinistische Reformbewegung von 1956, deren politischer Held Gomułka zumindest zeitweilig gewesen war. Davon blieb seit dem Mitte der sechziger Jahre beginnenden innerparteilichen Machtkampf mit der „Partisanenfraktion“ um Innenminister Moczar nicht viel übrig. Die mutige und scharfe Kritik am „bürokratischen Monopolsozialismus“ 1965 durch J. Kuron und K. Modzelewski bedrohte die ideologische Position der Führungsspitze um Gomułka zusätzlich. Der innenpolitische Hintergrund der polnischen Märzunruhen, deren Anlaß studentische Proteste gegen die Absetzung eines Theaterstückes von Mikiewicz bildeten, war somit primär ein Kampf um die Machtsicherung. Die perversen Feindbilder „Revisionismus“ und „Zionismus“ dienten in einer wüsten antisemitischen und antiintellektuellen Kampagne Gomułkas Machterhalt im Apparat und der Neutralisierung seines gefährlichen Konkurrenten. Aus dieser Konstellation wird auch plausibel, warum Gomułka, wie wir heute wissen, zu einem der nachdrücklichsten Verfechter einer Intervention in der Tschechoslowakei wurde, mußte er doch fürchten, im Falle eines erneuten „Warschauer Frühlings“ das gleiche Schicksal zu erleiden wie Antonin Novotný, der im Januar 1968 seine Funktion als Erster Sekretär der KSČ an Alexander Dubček abgeben mußte und im März auch als Staatspräsident abgewählt wurde. Die Aufhebung der Zensur ließ bei Gomułka – ebenso wie bei Ulbricht – die politischen Alarmglocken besonders schrill klingeln.

Auch der „Prager Frühling“, der in der westlichen Welt anders als der polnische März breite Resonanz fand, konnte auf einer brüchiger werdenden politischen Gefolgschaft des Regimes in der tschechoslowakischen Gesellschaft aufbauen. Insbesondere Schriftsteller erkämpften sich bereits seit der Kafka-Konferenz in Liblice 1963 deutlich erweiterte Spielräume, slowakische Historiker bereiteten Mitte der sechziger Jahre einen Entwurf für eine föderative Regelung der Republik mit einer starken slowakischen Autonomie vor, und das intellektuelle Klima in Prag hatte sich bereits vor der Wahl Dubčeks frapierend verän-

dert. Insofern traf die „von oben“ aus dem kommunistischen Apparat initiierte reformkommunistische Bewegung bereits auf eine ausgeprägte gesellschaftliche Erwartungshaltung. Neben den Reformansätzen in der KSČ schufen die Bürger selber Initiativen, die z.T. an Organisationen aus der Zeit vor dem Februarputsch 1948 anknüpften (unabhängige Gewerkschaften, Sokols, Bund der Freiheitskämpfer u.a.).

Der „Prager Frühling“ konnte, so schien es, angesichts der sich verändernden politischen Landschaft im Westen mit starken sozialistischen Programmelementen und der Suche nach „dritten Wegen“ zu einer Brücke zwischen Ost und West im Kalten Krieg werden. Ihre Tragfähigkeit durfte bekanntlich nicht mehr erprobt werden, so daß sie erst 1989/90 neu gebaut wurde. Daß Dubček zu dieser Zeit zwar rehabilitiert wurde, aber wohl keine Chance auf eine zweite politische Karriere mehr gehabt hätte, zeigt die tiefgreifende Veränderung der politischen Gesamtkonstellation.

Schließlich gehören auch die Dissidenten im Zentrum des Ostblocks, in der Sowjetunion, in das Panorama einer gegen politische Unterdrückung und intellektuelle Bevormundung aufbegehrenden und sich neu formierenden Bewegung in Osteuropa. Ihre Existenzbedingungen waren ungleich schwieriger als im Westen, ihre Aktivitäten mußten sich auf Kommunikation und subversive Aktionen mit einfachen Mitteln und hohem persönlichen Einsatz beschränken. Das sicherte ihnen im Westen im Zeichen der beginnenden Entspannungspolitik nur begrenzte Aufmerksamkeit. Die vor allem von Wolfgang Eichwede initiierte Ausstellung „Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: Die sechziger bis achtziger Jahre“ hat faszinierende Einblicke in die Impulse, Formen, Schwierigkeiten und Wirkungen der Dissidenten vor der Ära Gorbatschow eröffnet.

In Polen und in der Tschechoslowakei brachte das Jahr 1968 die zweite große Krise des Kommunismus. „Jetzt betraten Kreise die politische Szene“, hat Adam Michnik festgestellt, „deren Ideen mit kommunistischer Orthodoxie völlig unvereinbar waren: demokratische Bewegungen und Ideen, die die totalitäre Ordnung ablehnten, ihren entschiedenen Protest aber im Rahmen eines ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ formulierten.“ Damit ergaben sich scheinbar deutliche Verbindungslinien zu den Vorstellungen revoltierender Studenten im Westen. Aber wie weit haben sie sich gegenseitig tatsächlich wahrgenommen? Läßt sich 1968 als globales Phänomen primär als Generationenkonflikt, als universales Aufbegehren gegen erstarrte politische und gesellschaftliche Strukturen interpretieren? Mobilisierten Perzeptionen eigene Aktivitäten in Ost und West und gab es programmübergreifende Solidarität?

Der Gegenstand lädt zu kühnen Thesen ein. Charakterisierungen der 68er gleichen daher bisweilen einer Palette von Beliebigkeiten. Es wird hinein- oder herausinterpretiert, was provokant erscheint. Dennoch lassen sich einige halbwegs gesicherte Erkenntnisse formulieren.

1. „1968“ war eine internationale, tendenziell sogar globale Bewegung, die sich im wesentlichen auf kleinere oder größere intellektuelle Gruppierungen, gelegentlich mit Verbindungen zur organisierten Arbeiterschaft, beschränkte, in ihren gesellschaftlichen Wirkungen jedoch weit darüber hinausreichte. Moralische Empörung über den Vietnamkrieg, dessen Bilder die Medien täglich ins Wohnzimmer lieferten, dürfte dabei im Westen ebenso ein wichtiger Impuls gewesen sein wie die relative Unbefangenheit einer Nachkriegsgeneration, die Krieg und Nachkriegsnot nicht mehr aus eigener Erfahrung kannte und sich mit den Segnungen der Wohlstandsgesellschaft nicht zufriedengeben mochte. Im Zeichen nachlassender Spannungen im Ost-West-Konflikt konnten zudem marxistische Traditionen auch dort wieder eine Renaissance erleben, wo sie, wie in der Bundesrepublik, fast abgebrochen waren.
2. Je nach Abstraktionshöhe lassen sich einige Gemeinsamkeiten in den programmatischen Zielen in Ost und West feststellen, so unterschiedlich die Ursachen und Ursprünge auch sein mochten. Sogar Parallelen zu 1989 sind möglich. Im Lebensstil und Habitus waren die polnischen Achtundsechziger in manchem ihren westlichen Generationsgenossen ähnlich. Aber in grundlegenden Punkten unterschieden sie sich. „Die antikommunistischen Kämpfer der älteren Generation“, hat Timothy Garton Ash festgestellt, „wurden für viele von ihnen zu Leitfiguren, während sie im Westen verabscheut wurden; und obgleich diese jungen Polen von utopischen Politikentwürfen für immer geheilt waren, hatten sie Ideale, für die sie zu leiden oder sogar zu sterben bereit waren.“ 1968 wurde Osteuropa zur Schlüsselkonstellation und zum Ausgangspunkt für das Dissidentenphänomen, das sich von tradierten Formen des organisierten Widerstands deutlich unterscheidet und dessen Kern Vaclav Havel mit seiner programmatischen Formulierung vom „Leben in Wahrheit“ umschrieben hat. Noch einmal Michnik: „Der Prager Frühling und der polnische März hatten 1968 elementare Losungen auf ihre Fahnen geschrieben: Freiheit, Pluralismus, Toleranz, Souveränität, Widerstand gegen das Diktat der kommunistischen Orthodoxie. Ein Vierteljahrhundert zurückdenkend sehe ich die große Illusion, man hätte den Kreml austricksen und die Gesellschaft schmerzlos aus dem Kommunismus in die Demokratie führen können. Das war naiv gedacht. Dennoch werde ich nie vergessen, daß dies eine Zeit des großen nationalen Erwachens war, in der sich Freiheitswillige selbst das Wort erteilten.“
3. Die Risiken des Aufbegehrens waren in Ost und West sehr unterschiedlich verteilt. Das macht die Grenzen der Vergleichbarkeit besonders deutlich. In Warschau und Prag kämpften Studenten für elementare Bürgerrechte, die ihre westlichen Kommilitonen längst besaßen und oft wenig zu schätzen wußten. Die Proteste im Westen waren nicht zuletzt wegen ihres Sensa-

tionscharakters ein Medienereignis, in Osteuropa dagegen gab es zunächst kaum Chancen, die Front staatlich kontrollierter und systematisch desinformierender Medien aufzubrechen. Die Protagonisten in Polen landeten im Gefängnis, etwa 20 000 Opfer der „antizionistischen“ Kampagne mußten als Staatenlose das Land verlassen. Das Schicksal der intellektuellen Wortführer nach der „sozialistischen Normalisierung“ in Prag ist bekannt. In der DDR waren politische Sympathien für die Reformen in der UdSSR höchst gefährlich. Anders als sonst war der Blick diesmal eher nach Osten denn nach Westen gerichtet und aus den Sympathisanten des „Prager Frühlings“ rekrutierten sich einige der bekanntesten Oppositionellen der DDR (wie Havemann, Bahro, Reiner Kunze). Wie groß die Verunsicherung war, zeigte die kurzzeitige Verhaftung von 313 Personen im Alter zwischen 14 und 20 Jahren sowie die Meldung mehrerer Tausend unsicherer Kantonisten in der SED durch die Bezirksparteikontrollkommissionen. 552 Parteistrafen wurden verhängt.

4. Daß sich die Fronten des Kalten Krieges in den sechziger Jahren zunehmend von Europa in die Peripherie in Asien und Südamerika verlagerten, mag neben den Neuinterpretationen in der neomarxistischen Theorie eine Erklärung für die Popularität der Führer kommunistischer und nationaler Befreiungsbewegungen bei der westlichen Neuen Linken gewesen sein (Ho Chi Minh, Mao, Ché). Den Oppositionellen in Osteuropa und der DDR blieben sie fremd, weil hier andere Formen von Großmachtimperialismus stärker auf den Nägeln brannten.

Insgesamt sind die Unterschiede zwischen Ost und West im Hinblick auf Träger, Zielsetzungen und Formen des Protests deutlich größer als die Gemeinsamkeiten, was angesichts der politischen Rahmenbedingungen kaum anders sein konnte. Die schwierig zu beantwortende Frage bleibt, welche Wirkungen beide Zweige der Achtundsechziger hatten und welche Beiträge sie zur langfristigen Realisierung einer Zivilgesellschaft leisteten.

II. Wirkungen

Eine Zivilgesellschaft repräsentiert, folgt man Martin Greiffenhagen, eine spezifische Form politischer Kultur. Im Idealfall agieren Staat und Politik einerseits und bürgerliche Öffentlichkeit und gesellschaftliche Initiativen andererseits in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander. Unstrittig definiert sich die Zivilgesellschaft durch ein hohes Maß an Selbstorganisation, sie verlangt breite Partizipation und die Einhaltung von Rechtsnormen, insbesondere von Menschen- und Bürgerrechten. Das normative Leitbild einer „demokratischen, diskutierenden und partizipierenden Bürgergesellschaft“ ist in allen Staaten unterschiedlich weit von der Realität entfernt. In kommunistischen Diktaturen bildete dieses Leitbild den Gegenentwurf zur zentralistischen politischen Steuerung einer staatssozial-

stischen Gesellschaft. Der Idealtypus als Fluchtpunkt einer gewünschten und tendenziell möglichen Entwicklung erlaubt es jedoch, die Frage nach Etappen auf dem Wege zur Zivilgesellschaft genauer zu operationalisieren.

Was hat sich seit 1968 in Deutschland verändert, welche Veränderungen sind ursächlich auf dieses Jahr zurückzuführen? Schwieriger: Hat das Scheitern von 1968 in Ostmitteleuropa gewissermaßen als „List der Vernunft“ langfristig dennoch eine Entwicklung befördert, die sich als Vorstufe zur Zivilgesellschaft verstehen läßt und das Ende des Sowjetkommunismus in Europa beschleunigt hat?

Die Irrwege und Sackgassen, die ideologische Verblendung und der illusionäre Aktionismus, die fatale Senkung der Gewaltschwelle, die groteske Unterschätzung und Verachtung demokratischer Institutionen und Spielregeln als „bloß formal“ durch die Wortführer der APO ist die eine Seite der Bilanz, deren dezidierte Kritik kaum noch strittig ist. Die andere liegt trotz Hermann Lübbers harscher Pauschalkritik in einem unzweifelhaften Zugewinn an „Fundamentalliberalisierung“ (Habermas). Einige Stichworte dazu sind genannt worden. Die doppelte Zielsetzung von Partizipation und Bewußtseinsveränderung schlug sich in Aktionsformen nieder, die auch langfristig weiterwirkten. Die Schaffung von Gegen-Institutionen wie Kinderläden, Wohngemeinschaften, alternativen Stadtteilprojekten und alternativen Medien gehören dazu. Gesamtgesellschaftliche Gegenentwürfe wie 1968 gab es jedoch seit den siebziger Jahren nicht mehr.

Wenn die plakative Formel vom „deutschen Sonderweg“ das autoritäre Gegenbild einer Zivilgesellschaft in Deutschland markiert, dann war dieser zwar nach 1945 im Hinblick auf seine äußeren politischen Voraussetzungen zu Ende, aber erst seit den sechziger Jahren zeigen die empirischen Daten zur politischen Kultur deutliche Veränderungen und auch die Akzeptanz dieser Veränderungen an. Der oft beschworene Weg nach Westen war zwar nach 1945 vorgezeichnet, partizipatorische Demokratievorstellungen aber trafen erst in den sechziger Jahren auf breitere Resonanz. Daß hier 1968 mit dem politischen Schlachtruf „Demokratisierung“ für alle gesellschaftlichen Bereiche ein deutlicher Schub erfolgt ist, scheint mir unübersehbar, auch wenn man den inflationären Gebrauch des Demokratisierungspostulats zu Recht kritisieren kann. Christian Graf von Krockow hat 1990 sein Fazit zu diesem Themenfeld so formuliert: „Wenn ‚Demokratiewerte‘ sich daran messen lassen, daß die Menschen sich kratzbürstig ins politische Getriebe mischen und vor keiner Form von Obrigkeit in Ehrfurcht erstarren, dann sind mit ihren Jugendbewegungen vorweg die Deutschen in der Bundesrepublik immer entschiedener, mit ständig wachsenden Mehrheiten tatsächlich Demokraten geworden.“⁴

Die DDR war von den äußeren Voraussetzungen her das genaue Gegenbild einer solchen Entwicklung. Die Politik der SED zielte mit dem berüchtigten „Kahlschlagplenum“ von 1965 auf konsequente Ausschaltung künstlerischer

4 Christian Graf von Krockow, *Die Deutschen in ihrem Jahrhundert 1890–1990*, Reinbek 1990, S. 308.

Autonomie und intellektueller Kritik und nahm die vorsichtigen Ansätze einer gelockerten Jugendpolitik wieder zurück. Nach der Ausweisung Wolf Biermanns 1976, eines profilierten Dubček-Sympathisanten, knüpfte Honecker an diese Linie an. Ähnlich wie in der Tschechoslowakei der siebziger und achtziger Jahre lassen sich programmatische Elemente von Zivilgesellschaft nur innerhalb der kleinen abweichlerischen und zunehmend oppositionellen Gruppierungen finden, deren Charakterisierung durch Detlef Pollack als „politisch-alternativ“ den Kern einer zivilgesellschaftlichen Ausrichtung trifft.

Es gehört für mich zu den Merkwürdigkeiten, daß heute diese vielfältige Suche nach „dritten Wegen“, die den Verzicht auf das bundesrepublikanische Ordnungsmodell und die Wiederherstellung der nationalen Einheit implizierte, allzu harsch kritisiert wird. Diese Kritik ist unhistorisch, weil sie den spezifischen politischen Gegebenheiten seit den siebziger Jahren im zweistaatlichen Deutschland nicht gerecht wird. In Polen war das anders. Aber auch hier blieben kritische und in ihrer Offenheit sensationelle Stimmen wie die von Jan Józef Lipski in seinem auch im Westen vielbeachteten Aufsatz „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ mit scharfer Kritik an Xenophobie und nationalem Größenwahn die Ausnahme.

Niemand diskutiert heute noch ernsthaft das zentrale Thema des Prager Frühlings, die Vereinbarkeit von Plan und Markt in einer sozialistischen, aber politisch freien Gesellschaft. Ein solches Konzept erscheint heute als völlig illusionär und Protagonisten von 1968 wie Dubček und der aus der Emigration zurückgekehrte Eduard Goldstücker – um nur zwei zu nennen – wurden 1990 zu tragisch isolierten Figuren. Die heutige Kritik sollte jedoch berücksichtigen, daß in den sechziger und siebziger Jahren die gesellschaftspolitischen Uhren noch anders gingen, daß auch seriöse westliche Ökonomen die in Prag verhandelten Probleme diskutierten und daß niemand auf die Idee gekommen wäre, wie Fukuyama 1990 das Ende der Geschichte als globalen Sieg des liberalen Kapitalismus zu proklamieren.

In Polen ermöglichte anders als in der DDR und der UdSSR das Bündnis zwischen kritischer Intelligenz, katholischer Kirche und Arbeiterschaft schon lange vor dem Umbruch von 1989, daß Dissidenten tendenziell eine Mehrheitsmeinung repräsentierten und insofern keine Dissidenten mehr waren. Zudem wurden die Grenzen zwischen dissidentischer Gegenöffentlichkeit und etablierten Vertretern von Politik, Kultur und Wissenschaft bereits vor der Solidarność fließend z. B. in der Gruppe Doświadczenie i Przyszłość (Erfahrung und Zukunft 1978). Auch wenn sich die polnische Opposition von den Utopien eines Dritten Weges früher verabschiedete, war die westliche parlamentarische Demokratie noch keinesfalls der alleinige Maßstab.

Ohne Zweifel hat das Scheitern der polnischen Studentenbewegung im März und das gewaltsame Ende des Prager Frühlings im August 1968 tiefgreifende politische und soziale Folgen gehabt, die schließlich auch den inneren Erosionsprozeß in diesen Ländern beschleunigten. Daß dafür mit der Entspannungs- und Normalisierungspolitik der Regierung Brandt wesentliche Voraussetzungen

geboden wurden, kann dabei nicht unterschlagen werden, auch wenn es schwerfällt, diese „Dialektik“ von Stabilisierung von Diktaturen und Entwicklung oppositioneller und Dissidentenbewegungen zusammen zu sehen.

Adam Michnik hat zu Recht 1968 als Vorstufe für die Gründung des KOR, des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter, interpretiert. Das bedeutete eine wichtige Voraussetzung für das spätere Funktionieren der Solidarność. Die Panzer gegen den Prager Frühling trugen zu der Erkenntnis bei, daß „aus der Entstalinisierung nicht im Selbstlauf die Demokratisierung folge“. Überall ging es daher in der Sowjetunion und in vielen ostmitteleuropäischen Staaten zunächst um den Versuch, eine autonome Teilöffentlichkeit zu schaffen. „Wenn irgendwo in dem geteilten Europa Keimformen der ‚Civil Society‘ existiert haben“, so hat Wolfgang Eichwede festgestellt, „dann waren es die diskutierenden Dissidentenzirkel in Prag oder Leningrad, in Krakau oder Budapest. In ihrem Vertrauen auf die Kraft der Öffentlichkeit und des Beispiels, der Einsicht und des Arguments waren sie ganz und gar Kinder der europäischen Aufklärung. Interessenanalysen und Machtkalküle waren nicht ihre Sache“.⁵ In Polen gelang das Konzept der Selbstorganisation der Gesellschaft mit dem Ziel der Durchsetzung bürgerlicher Grundrechte und gesellschaftlicher Pluralität am weitesten. Diese Zielvorstellung gehörte jedoch zum Kern der Programmatik aller Dissidentenbewegungen.

Im Westen lassen sich einschneidende Folgen von „1968“ als einer „Lebensstilrevolution“ schwerlich bestreiten. Gleichwohl bleibt es schwierig, Wirkungen eindeutig zuzurechnen, da immer auch andere Faktoren maßgeblich waren und das „dynamische Jahrzehnt“ insgesamt gegenüber einer punktuellen Fixierung auf das symbolische Jahr in den Blick genommen werden sollte. In Ostmitteleuropa wurden die politischen Protest- und Reformbewegungen zerschlagen, entwickelten aber dennoch und vielleicht gerade deshalb langfristig erhebliche Wirkungen, obwohl das zunächst nicht erkennbar war. Das Aufbegehren von 1968 funktionierte nur kurzzeitig als Brücke im gespaltenen Europa. Aber von heute aus wird deutlich, daß davon Impulse ausgingen, die nach Umwegen und Lernprozessen dazu beitrugen, daß diese Spaltung nicht von Dauer war.

5 Wolfgang Eichwede, in: Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa. Die 60er bis 80er Jahre, Bremen 2000, S. 15.